

**BVVP • WÜRTEMBERGISCHE STRASSE 31 • 10707 BERLIN**

## Pressemitteilung

30.01.2025

### **bvvp betont: Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen löst keine komplexen Probleme!**

**Berlin, 30. Januar 2025. Seit einiger Zeit und unter anderem im Zusammenhang mit dem Attentat von Aschaffenburg wird von Seiten der Politik die Forderung erhoben, dass Menschen mit psychischen Störungen und Gewaltpotential in einem zentralen Register erfasst werden sollen. Wenn jemand deliktisch gewalttätig geworden ist, ist diese Person bereits erfasst. Eine allgemeine Erfassung von psychisch kranken Menschen darüber hinaus lehnt der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp) entschieden ab.**

„Ein solches Register kann nur auf Daten fußen, die grobe Vereinfachungen abbilden, jedoch keinerlei Mehrwert für die Verhinderung von Gewalttaten erbringen, vielmehr tragen diese erheblich zur Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen bei, stellen sie unter Generalverdacht und verhindern, dass sich Betroffene einer notwendigen Behandlung unterziehen,“ betont Matthias Heinicke, Vorsitzender des bvvp Bundesverbands. Er stellt klar: Die zentrale Erfassung sensibler Gesundheitsdaten ohne klaren Nutzen für die öffentliche Sicherheit wäre unverhältnismäßig. Zudem weist die Mehrheit psychisch erkrankter Menschen nachweislich kein erhöhtes Gewaltpotenzial auf.

Ob jemand letztlich gewalttätig werde oder nicht, hänge von einer Vielzahl von Faktoren ab. Dabei helfe es nicht, wenn man Menschen zu Sündenböcken mache, statt sich mit strukturellen Fehlentwicklungen zu beschäftigen. Um die Ursachen von Gewaltbereitschaft oder konkreten Gewalttaten zu ermitteln, die im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen stehen, müssten komplexe Vorgänge einer sorgfältigen Analyse unterzogen werden. Es sei eine Ausweitung des Hilfesystems gefragt, insbesondere die Schaffung von mehr niederschweligen und präventiven Angeboten. Aber auch ein kritischer Blick auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung tue not, so der Verband.

Dazu gehöre auch, dass die Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Stärkung der psychischen Gesundheit verbessert werden müssten. „Es ist Zeit, dass die psychische Gesundheit aller Menschen in diesem Land zu einer zentralen gesellschaftlichen Aufgabe wird“, so Ulrike Böker, stellvertretende bvvp-Vorsitzende: „Die soziale Schere darf nicht immer weiter auseinander gehen, den Menschen in

## VORSTAND

### VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Mag. rer. nat.  
Mathias Heinicke,  
Psychologischer Psychotherapeut

### STELLV. VORSITZENDE

Dipl.-Psych. Ulrike Böker  
Psychologische Psychotherapeutin

### STELLV. VORSITZENDER

Dr. phil. Bernd Aschenbrenner  
Kinder- und Jugendlichenpsycho-  
therapeut

Dr. med. Bettina van Ackern  
Dipl.-Psych. Rainer Cebulla  
Martin van Ackern

Vorstandsbeauftragte  
Ariadne Sartorius

## KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle  
Württembergische Straße 31  
10707 Berlin

Telefon 030 88725954  
Telefax 030 88725953  
bvvp@bvvp.de  
www.bvvp.de

## BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG  
IBAN:  
DE69100900002525400002  
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID  
DE77ZZZ00000671763

diesem Land muss es möglich sein, für sich eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Der gesellschaftliche Umgang mit Andersdenkenden muss hinterfragt, Gewalt und Hetze im Netz entschieden entgegnet werden. Ausgrenzung, Spaltung und Radikalisierung belasten die Gesellschaft und die Psyche genauso wie eine zunehmende Verrohung und Gewaltbereitschaft in nahezu allen Bereichen des sozialen Lebens,“ so Böker.

Angesichts der schrecklichen Attentate der letzten Monate sei der Wunsch nach einfachen Problemlösungen verständlich. Aber ein allgemeines Register psychisch erkrankter Menschen würde massiv in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung eingreifen und Betroffene könnten aufgrund ihrer Erfassung im Register Benachteiligungen erfahren. Insbesondere für junge Menschen könnten Hürden aufgebaut werden, wenn diese in eine Berufsausbildung starten möchten und Unternehmen neben dem Führungszeugnis auch Auszüge aus einem solchen Register anforderten oder Versicherungen Einblick verlangten, um beispielsweise einen Wohnungskredit abzuschließen. „Psychisch krank ist nicht gleichzusetzen mit gefährdend!“, so Bernd Aschenbrenner, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut und Stellvertretender Bundesvorsitzender. „Der bvvp verwehrt sich gegen alle Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung psychisch erkrankter Menschen.“

„Ein derartiges Register wäre nicht nur rechtlich und ethisch höchst bedenklich, sondern auch kontraproduktiv für die psychische Gesundheitsversorgung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, bilanziert der bvvp-Vorsitzende Mathias Heinicke.

Die Pressemitteilung finden Sie auch auf unserer Internetseite: <https://bvvp.de/positionspapiere/>

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut\*innen einsetzt. In ihm haben sich etwa 6.000 Ärztliche Psychotherapeut\*innen, Psychologische Psychotherapeut\*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

**Für den bvvp**

Mathias Heinicke, Vorsitzender des bvvp

Ulrike Böker, stellvertretende Vorsitzende des bvvp

Dr. Bernd Aschenbrenner, stellvertretender Vorsitzender des bvvp

**Anfragen und Interviewwünsche bitte an:**

bvvp Bundespressestelle / Anja Manz - Pressesprecherin

Württembergische Straße 31 / 10707 Berlin

Tel. + \*49 30 88 72 59 54 / Mobil + \*49 177 6575445

E-Mail: [presse@bvvp.de](mailto:presse@bvvp.de)